

Lohnbewegung der Postbeamten und Unterbeamten

Zwei Versammlungen.

In den Kreisen der Postangestellten ist eine Bewegung im Zuge, die den Zweck hat, eine Verbesserung ihrer Lage herbeizuführen. Die Angestellten aller Kategorien erklären, daß sie mit ihren gegenwärtigen Bezügen ihr Auskommen nicht finden können und fordern eine den heutigen Verhältnissen entsprechende Erhöhung ihrer Bezüge. Sie weisen darauf hin, daß der Staat von ihnen im Kriege ein bedeutendes Arbeitsplus fordert und daß die Erhöhung, die sie seit dem Ausbruch des Krieges erhalten haben, nicht im Einklang mit den heutigen Lebensverhältnissen stehe. Gestern Nachmittag fanden zwei Versammlungen von Postangestellten statt, in welchen die einzelnen Redner die Lage schilderten und Abhilfe forderten. Es wurde der Beschluß gefaßt, an die Regierung ein Memorandum zu richten, in dem alle Wünsche der Beamten enthalten sind. Ueber den Verlauf der beiden Versammlungen berichten wir im Folgenden:

Die Landesversammlung der Post-, Telegraphen- und Telephonbeamten fand unter dem Vorsitz des Oberinspektors Johann Földessy statt. Der Landesversammlung wohnten auch zahlreiche Beamte und Beamtinnen aus der Provinz bei. Der Vorsitzende wies in seiner Eröffnungsrede darauf hin, daß trotz der 300—400prozentigen Steigerung der Lebensmittelpreise die Postbeamten nur einen Lebensertragsbeitrag von 35 Prozent erhalten haben. Das Arbeitsplus, die mangelhafte Ernährung und die ungesunden Arbeitsstätten haben die Gesundheit der Postangestellten schwer geschädigt, was namentlich bei den weiblichen Angestellten der Fall ist. Redner gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die Aktion von Erfolg begleitet sein werde.

Dr. Stephan Csillag betonte, daß der Staat es verabsäumt habe, seinen Angestellten im Kriege eine halbwegs anständige Existenz zu bieten. Wer arbeitet,

hat auch das Recht, anständig zu leben. Aus ihren jetzigen Bezügen können die Postangestellten nicht einmal ihre minimalsten Ansprüche befriedigen. Bei uns hat sich die Kunst des Schuldenmachens und des Hungerns entwickelt. Wenn die Regierung die Kriegsunterstützung nicht beträchtlich erhöht, die Bezüge im Allgemeinen nicht regelt, dann kann auch die gesteigerte Arbeit nicht weiter bewältigt werden. Wenn keine Abhilfe geschaffen wird, dann werden die weiblichen Angestellten entweder dem Hunger oder der Strafe preisgegeben.

Joseph Baróti urgirte die Regelung der Avancementverhältnisse, Paul Robitzsek die Erhöhung der Bezüge der Diurnisten, die jetzt zwölf Stunden täglich in ungesunden Lokalen arbeiten müssen. Dr. Béla Lantos trat dafür ein, sich an die einzelnen Parteiführer um Abhilfe zu wenden, Dr. Joseph Bugi (Arad) beantragte, daß ein Theil der Kriegsunterstützungen den Beamten in Naturalien ausgefolgt werde.

Im Namen der weiblichen Angestellten erörterte Elisabeth Szűcs die Forderungen. Die Rednerin führte aus, daß die Frauen im Kriege mit den Männern gleichwertige Arbeit leisten und daß ihre Bezüge trotzdem um 125 Prozent geringer sind, als jene der Männer. Diese geringschätzende Behandlung haben die Frauen wahrlich nicht verdient, die die gleiche Behandlung wie die Männer fordern. Die weiblichen Angestellten fordern mit allem Nachdruck ein anständiges Existenzminimum. Sie beantragt, ein Majestätsge such an die Kabinetstanzlei zu richten, ein Antrag, der mit großer Begeisterung angenommen wurde.

Nachdem noch Armin Rudas über die unhaltbaren sanitären Zustände in den Ämtern gesprochen hatte, wurde der Beschluß gefaßt, an den Handelsminister Grafen Béla Serényi ein Memorandum zu richten und eine Abschrift dieses Memorandums sämtlichen Parteiführern zu übermitteln. In dem Memorandum sind alle Forderungen der Beamten niedergelegt. Es wird unter anderem eine 200prozentige Erhöhung der Kriegsunterstützung, die Regelung der Avancementverhältnisse und die Aufnahme der Angestellten in den Status der Eisenbahnbeamten gefordert. Gleichzeitig wurde die Organisierung aller Postangestellten im Interesse des Gelingens der Aktion ausgesprochen.

Die zweite Versammlung wurde von den Post- und Telegraphen-Unterbeamten und Dienern im Sitzungssaale des alten Abgeordnetenhauses abgehalten. Der Vorsitzende Stephan Kovács führte die Gründe an, die zur Einberufung der Versammlung geführt haben und meinte, daß die Angestellten zusammenbrechen würden, wenn ihnen nicht rasch geholfen werde. Nicht Geld, sondern Lebensmittel fordern wir, sagte der Redner. Staatssekretär Dr. Clemente Sintos habe ihm übrigens versprochen, daß bald Abhilfe geschaffen wird. Sodann wurde vom Redakteur des Fachblattes „Postakürt“, Albert Péter ein Beschlußantrag verlesen, in dem um eine Erhöhung der Kriegsunterstützung um 200 Prozent, ein Kleideranschaffungsvorschuß von 100 Kronen, die Regelung der Avancementverhältnisse, die Vermehrung der Manipulationsposten, die Herabsetzung der Wartezeit, die Verbesserung der Approvisionierung und die Unterstützung der Familien der Kriegsdienst leistenden Angestellten gefordert wird. An den Beschlußantrag knüpfte sich eine längere Debatte, an der Karl Lengyel (Miskolc), Peter Somogyi (Szabadka), Joseph Molnár (Ujvidék), Martin Pavella (Budapest), Karl Páhtó, Peter Czéh, Stephan Schmidt, Mathias Székér (Zombor), Ludwig Mátyás und Andere theilnahmen. Der Beschlußantrag wurde einstimmig angenommen.